

5. Nachhaltige Datacenter

Dringliches Postulat Michael Zeugin (GLP, Winterthur), Markus Bärtschiger (SP, Schlieren), Michael Bänninger (EVP, Winterthur) vom 12. September 2022

KEVU Kommission für Energie, Verkehr und UmweltKR-Nr. 315/2022, Entgegennahme, materielle Behandlung

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Gemäss Paragraph 55 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden. Alex Gantner beantragt Nichtüberweisung.

Michael Zeugin (GLP, Winterthur): Nach der epischen Diskussion von vorher (*Behandlung von KR-Nr. 292/2022*) stelle ich mir natürlich die Frage: Ist die SVP auch zu grossen Schritten bereit? Denn jetzt geht es um die grossen Zahlen im Bereich der Energie. Und lassen Sie es mich in aller Deutlichkeit sagen: Wer kommerziell ein Datenzentrum im Leistungsbereich von 1 Megawattstunde oder mehr betreibt und nicht bereit ist, diese Abwärme in der heutigen Zeit sinnvoll zu nutzen, hat meiner Einschätzung nach drei Probleme: Er betreibt, erstens, ein Geschäftsmodell, das nicht nachhaltig ist, Stichwort dazu sind die explodierenden Stromkosten. Zweitens: Sein Geschäftsmodell steht nicht im Einklang mit den Klimazielen von Bund und Kanton Zürich. Und drittens: Er handelt nicht eigenverantwortlich, sondern nur auf den eigenen und kurzfristigen Gewinn ausgerichtet.

Ich habe mir überlegt, welche politischen Rechtfertigungsargumente es gibt, um in grossem Stil wertvolle Wärme ungenutzt verpuffen zu lassen, vor allem auch vor dem Hintergrund der steigenden Strompreise und der Aufforderung zur Reduktion der Heizung im kommenden Winter. Menschen sollen eigenverantwortlich frieren, während Datenzentren ungeheure Mengen von Strom verbrauchen und genau diese Abwärme auch ungenutzt in die Umluft entlassen. Da stellt sich schon die Frage: Wie weit geht die Freiheit der Betreiber von einzelnen Datenzentren im Kanton Zürich? Und wie immer bei grossen Fragen habe ich die Bundesverfassung zu Rate gezogen. Ja, darin steht nirgends etwas von einem Grundrecht auf die Verschwendung von Energie. Da steht nirgends, dass die Freiheit von einem Betreiber eines Datacenters grösser sein soll als die Freiheit von Bürgerinnen und Bürgern im Umfang einer Gemeinde oder Kleinstadt. Aber es steht sehr wohl etwas von einer nachhaltigen Entwicklung und es steht auch etwas von dauerhaftem Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlage.

Es ist völlig klar, ein Datacenter, dass die Abwärme nicht nutzt, verschwendet einen grossen Teil der Energie, die es verbraucht; und das, obwohl wir genau diese Wärme für die Beheizung unserer Häuser und Büros im Kanton Zürich nutzen können. Wir können in diesem Bereich doch die Augen nicht vor den Fakten verschliessen. Fachleute gehen davon aus, dass weltweit bis 2030 rund 10 Prozent des Energiekonsums durch Computer verbraucht und 70 Prozent der globalen

Emissionen durch diese emittiert werden. Und auch im Kanton Zürich: Der Tages-Anzeiger hat vor kurzem ausgerechnet, dass im Kanton Zürich die installierte Leistung von Datenzentren von heute rund 70 Megawatt innert Kürze auf 190 Megawatt ansteigen wird. Es liegt doch auf der Hand, dass es intelligenter ist, diese Abwärme für die Heizung unserer Wohnzimmer im Kanton Zürich zu nutzen anstatt für das Klima. Und wenn Sie dabei noch die energie- und sicherheitspolitischen Aspekte hinzudenken, scheint es reine Torheit, diese Abwärme nicht sinnvoll zu nutzen. Und ja, argumentieren Sie mit dem Markt, aber argumentieren Sie richtig. Es ist schon klar, ein einzelnes Datenzentrum hat, für sich betrachtet, ein Gefangenen-Dilemma, wenn es die Abwärme selber und ohne die anderen im Markt einfach an einem x-beliebigen Standort nutzen will. Doch genau hier liegt die Krux und es verdeutlicht doch auch: Es herrschen offensichtlich im Kanton Zürich die falschen Rahmenbedingungen, wenn die Einzelnen dermassen falsch handeln. Und ja, es ist technisch und organisatorisch anspruchsvoller, als nichts zu tun. Aber meine Damen und Herren, gerade Sie von der FDP, seit wann sind Sie mit der einfachsten Leistung zufrieden? Es muss doch irgendeinen Weg geben, dass wir im Kanton Zürich versuchen, in diesem Bereich Spitzenleistungen zu erbringen und damit auch Innovation anzutreiben und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir jedenfalls wünschen uns Spitzenleistungen für den Kanton Zürich. Eine Möglichkeit wäre, dass wir über die Raum- und Richtplanung die richtigen Rahmenbedingungen für den nachhaltigen Betrieb von Rechenzentren festlegen. Stellen Sie sich doch ein Modell vor, bei dem die Menschen ihre Häuser und Wohnungen heizen, sich an den Stromkosten der Datenzentren beteiligen, also Green Heating via Green Computing. Eine solche Lösung wäre via Richtplan vermutlich sogar auf Verordnungsebene zeitnah möglich, auf jeden Fall schneller als der Bau von Windrädern oder von neuen AKW. Aber vielleicht gibt es bessere Instrumente als die Richtplanung, und genau das will das Postulat prüfen. Das Postulat fordert den Regierungsrat auf, Lösungen zu präsentieren oder, noch besser, wenn es in seiner Hand liegt, diese gleich umzusetzen, und zwar bevor alle Rechenzentren im Kanton Zürich gebaut sind. Denn sind diese erst einmal gebaut und stehen die am komplett falschen Ort, dann ist der Mist geführt. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, fordern Sie Spitzenleistungen oder zumindest etwas mehr als nichts. Seien Sie Teil der Lösung und nicht Teil des Problems! Setzen Sie auf den Markt, aber nutzen Sie die Intelligenz und verlieren Sie sich nicht im Gefangenen-Dilemma eines einzelnen Datencenter-Betreibers. Ich bitte Sie, dieses Postulat zu überweisen.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Datencenter spriessen fast schon wie Pilze aus dem Boden, und es werden in Zukunft immer noch mehr. Zu diesen Stromfressern und deren Energieeffizienz haben Daniel Heierli und Mitunterzeichner in einer Anfrage 206/2022 von Anfang Oktober 2022 bereits kritische Fragen gestellt, unter anderem auch die Frage, was der Regierungsrat von Auflagen bezüglich der Nutzung von Abwärme hält. Das dringliche Postulat kann daher fast schon Copy-and-Paste beantwortet werden. Immerhin spricht man schweizweit von momentan 2,1 Terawatt Verbrauch, was einen Anteil von 3,6 Prozent des Gesamtverbrauchs

bedeutet. Durch den vermehrten Bau von neuen Datacentern wird der Verbrauch und dementsprechend dazu auch die Abwärme in kurzer Zeit stark steigen. Datacenter brauchen viel Platz und der Standort muss viele Kriterien erfüllen, deshalb werden sie oft in weniger dicht besiedelten Gebieten erstellt. Da die Abwärme durch die Distanz abfällt, kann sie nicht endlos weit transportiert werden. Wir haben in Zürich ein paar vorbildliche Unternehmer, wie zum Beispiel green.ch (*Schweizer Internetanbieter*), die zukünftig mehr als die ganze Gemeinde Dielsdorf mit Abwärme versorgen kann, oder die beiden Rechenzentren zwischen Opfikon und Rümlang, die an den Energieverbund Airport City angeschlossen werden. Inzwischen herrscht in gewissen Gebieten fast schon wieder ein Verdrängungskampf der verschiedenen Wärmeverbände. Und so wird in Teilgebieten die Abwärme unentgeltlich abgegeben. Dies wird zur Imagepflege und als Beitrag zu einer klimaneutralen Zukunft bereits beworben.

In der Besonderen Bauverordnung I, BBV, LS 700.21, ist geregelt, dass im Gebäude anfallende Abwärme aus gewerblichen und industriellen Prozessen zu nutzen sind, soweit dies technisch und betrieblich möglich und wirtschaftlich tragbar ist. Im Rahmen einer Baubewilligung ist diese Vorgabe auch bei Rechenzentren zu berücksichtigen. Der Aufbau eines Wärmenetzes zur Wärmenutzung durch in der Nähe liegende Bauten kann jedoch mit der Baubewilligung nicht verfügt werden, ist eine Bewilligung doch nur auf das eigene Objekt beschränkt. Aber gemäss Artikel 7 Energiegesetz haben die Gemeinden andere Möglichkeiten, Gebiete zur Nutzung von Abwärme in ihrer Energieplanung festzulegen. Sie können dies über grundeigentümerverbindliche Instrumente, zum Beispiel Sondernutzungsplanung, Sonderbauvorschriften oder Anschlussverpflichtungen, regeln, damit Netze zur Nutzung der Abwärme aufgebaut werden können. Auch wenn die Abwärmequellen bereits in Betrieb sind, sind der Betreiber bereits heute verpflichtet, ihre Bauten für eine zukünftige Abwärmenutzung vorzubereiten. Diese Bestimmung ist im neuen, seit dem 1. September 2022 geltenden Absatz 2 des Paragraphen 30a folgendermassen beschrieben: «Können Neubauten oder bei bestehenden Bauten nach Erneuerungen und Umbauten der Kälteerzeugung mehr als 2 Gigawattstunden der Abwärme nicht selbst genutzt werden, ist diese in geeigneter Form Dritten zu den Gestehungskosten zur Nutzung zur Verfügung zu stellen.» Diese Regelung wird auch beim kantonseigenen Rechencenter bereits angewendet. Im Moment kann die Abwärme zwar von diesem noch nicht für die Gebäudeheizung eingesetzt werden, aber sobald die geplanten Neubauten erstellt und parat sind, werden diese klimaneutral beheizt werden können. Und die Bilanz des kantonseigenen Rechenzentrums verbessert sich noch mehr.

Zusammenfassend kann man sagen, liebe GLP, SP und EVP: Lest doch die Ratspost genauer durch! Die Antworten auf die Anfrage der Grünen beantwortet eure Aufforderung an den Regierungsrat, die Betreibergesellschaften von Datacentern zu verpflichten, die Abwärme prioritär an regionale Heizverbände anzuschliessen. Dies ist, wie bereits ausgeführt, in den MuKEN (*Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich*) und seit dem 1. September 2022 in der neuen BBV geregelt. Allgemein darf man sagen: Es liegt im Interesse aller Betreiber von Datacentern, aus wirtschaftlichen und Imagegründen ihre Energieeffizienz

möglichst hochzuhalten und damit auch im internationalen Wettbewerb zu punkten. ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Die Digitalisierung der Arbeits- und Lebenswelt hat ihren Preis, und da spreche ich nicht etwa von sozialen Auswirkungen. Die leistungsstarken Rechenzentren, die eine digitale Vernetzung überhaupt erst ermöglichen, brauchen sehr viel Strom. In der Schweiz liegt der Energieverbrauch der digitalen Infrastruktur pro Jahr, das haben wir bereits schon einmal gehört, bei rund 2,1 Terawattstunden. Das entspricht in etwa dem jährlichen Verbrauch des ganzen Bahnbetriebs der SBB. Gemäss einer aktuellen Studie der TAP-Energy (*deutscher IT-Dienstleister*) und der Hochschule Luzern liesse sich der Energieverbrauch in den Schweizer Serverräumen und Rechenzentren jedoch um bis zu 46 Prozent reduzieren.

Computer haben eines gemein mit jeder anderen Maschine, sei es ein Auto oder ein Radio. Ein grosser Teil der verwendeten Energie wird nicht für den eigentlichen Zweck eingesetzt, sondern fällt als Wärmeenergie an, wird in Abwärme umgewandelt. Das heisst, dass zum Beispiel Rechenzentren, die einige Computer, ja sogar bis zu zehntausende von Computer beherbergen, diese Abwärme abführen müssen um kühl bleiben und die Voraussetzungen für einen ordnungsgemässen Betrieb gewährleisten zu können. Dafür gibt es verschiedene Lösungen: Die Wärme auffangen und für andere Zwecke weiterverwenden, mit Strom verbrauchenden Klimaanlage kühlen und mithilfe von Wasser, vor allem durch Verdampfung, die Temperatur senken. Wir glauben, dass Wasserverdampfung, wie das insbesondere in den USA gemacht wird, oder der Einsatz von Klimaanlage und somit die Abführung der Wärme an die Umgebung keine Lösung sind. Die anfallende Wärme muss dringend in einem Wärme- beziehungsweise Kälteverbund, wie gross der in der Praxis dann auch immer ausfallen mag, verbraucht werden.

Auch wenn künftige Computer insgesamt weniger Wärme erzeugen werden und moderne Server weniger wärmeempfindlich sind als ältere Modelle und entsprechend das Herunterkühlen von Server-Räumen auf sehr tiefen Temperaturen in der Regel unnötig wird, lohnt sich der Aufwand, solche Verbunde zu bauen. Die Nutzung der Abwärme kann die Energiebilanz der Rechenzentren weiter verbessern und den umliegenden Quartieren billige Wärme beziehungsweise Kälte liefern. Diese Änderung brauchen wir jetzt und nicht erst morgen, bevor noch mehr Anlagen gebaut werden. Wir sind entsprechend für die Überweisung des dringenden – Betonung dringenden – Postulats.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Mit einer Selbstverständlichkeit nutzen wir die aktuellen Informationstechnologien und Streamingdienste. Wir haben Sie in unseren Alltag implementiert, sei das nun privat oder geschäftlich. Fernsehen heisst heute Sendungen aufnehmen, später ansehen. Und Kinofilme streamen wir von zu Hause, gemütlich auf dem Sofa sitzend. Auch das File Sharing mit unseren Fraktionskolleginnen und -kollegen via Cloud gehört zu unserem Politalltag. Die Informationstechnologien entwickeln sich weiter. Und auch wenn die Industrie

von Cloud-Lösungen spricht, himmlisch sind diese nicht, sondern die Daten werden, wie wir alle wissen, in Datacentern gespeichert.

Jederzeit weltweit abrufbar sollen unsere Daten sein und öffentlich auch redundant und dreifach gesichert, damit wir, falls der eine Server ausfällt, dennoch auf unsere Daten zugreifen können oder das Popcorn für den Samstagabend-Film nicht vergebens zubereitet haben. Das Betreiben von Datacentern hat sicher Zukunft. Big Data, Internet der Dinge, Industrie 4,0 oder Cloud-Computing stehen am Start und die Möglichkeiten scheinen gigantisch zu sein. Deshalb fordern wir von der EVP, dass Datacenter, die durch den Betrieb von Servern mit einem schweizweiten Stromverbrauch im Jahr 2019 von rund 2,1 Milliarden Kilowattstunden – wir haben es gehört – eine Mitverantwortung für die Region, in der sie stehen, übernehmen, indem sie die Abwärme in lokale Wärmnetze einspeisen und so die entstehende Energie gewinnbringend – ich bin überzeugt, für beide Seiten genutzt – werden können. Gute Beispiele sind bereits geplant, wir haben es auch gehört. In Dielsdorf soll diese Abwärme von drei Datacentern mehr als 3500 Haushalte sowie Industrie und Gewerbe mit Heizwärme versorgen. Dies senkt damit den CO₂-Ausstoss deutlich und spart rund 20'000 Tonnen CO₂ pro Jahr ein, das entspricht 7,6 Millionen Liter Heizöl. Die Studie «Rechenzentren in der Schweiz – Bau- und Ausbaupläne» zeigt, dass in den nächsten Jahren mit einem deutlichen Zuwachs an IT-Leistungen aus Rechenzentren gerechnet werden muss; dies insbesondere auch im Grossraum Zürich, wie das Bundesamt für Energie in einer Medienmitteilung im letzten Jahr schrieb. Wenn wir von einem grossen Hebel sprechen auf dem Weg zur Dekarbonisierung, gehört meines Erachtens die Nutzung der Abwärme von Datacentern mit dazu. Besten Dank.

Alex Gantner (FDP, Maur): Als Erstes möchte ich namens der FDP-Fraktion mein Erstaunen beziehungsweise meine Irritation zum Ausdruck bringen, dass der Regierungsrat in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung und mutmasslich auf Antrag der Baudirektion bereit ist, das dringliche Postulat der GLP – und hier ganz klar ohne «L», sondern mit einem ganz, ganz grossen, dicken und grünen «G» –, der SP und der EVP – das steht allenfalls für «Energie vor Planungssicherheit» – samt der Begründung – und auf diese werde ich noch eingehen – entgegenzunehmen. Zusammengefasst: Dies ist ein Frontalangriff gegen die neue Branche der Datacenter, gegen Datacenter-Betreiber wie Banken, Versicherungen, die vielen Unternehmen aus der IT- und Datenverarbeitungs- beziehungsweise Technologie-Branche, die den Standort Schweiz und den Standort Zürich ausgewählt haben für ihre unternehmerischen Aktivitäten, gegen alle, die mittlere und grössere Server-Räumlichkeiten für ihre Geschäfts- und Verwaltungstätigkeiten besitzen und betreiben. Es ist ein politischer Aktivismus der angeblichen Digitalisierungs-Partei gegen die Digitalisierung und somit gegen die Wirtschaft und den Standort des Kantons Zürich. Und der Regierungsrat, der die Digitalisierung ebenfalls auf seine Fahne geschrieben hat, kriecht hier der Klimaallianz auf den Leim, macht hier mit und schießt sich gleich selbst in Bein beziehungsweise dis-

kreditiert sich selbst. Mit Fortschritt hat das überhaupt nichts zu tun. Es ist Stillstand, eigentlich sogar ein Rückschritt, denn neue Branchen, neue Geschäftsmodelle werden dadurch verhindert, vor allem im Kanton Zürich.

Denn das Postulat, die Forderung hat es in sich. «Wo diese nicht vorhanden, sind neue Heizverbände zu gründen oder ist die Abwärme anderweitig zu nutzen. Zudem wird der Kanton aufgefordert, dafür beim AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*) eine Fachstelle Synergie und Wärmeenergie zu bezeichnen. Die Fachstelle soll Betreibenden von Datacentern insbesondere helfen, auf Green-Grid-Technologien umzusteigen.» Es soll also eine neue Verpflichtung geben oder, in anderen Worten, einen neuen Zwang, ein neues Diktat, keine Wärme mehr an die Umgebungsluft abzugeben; dies für alle bestehenden Datacenter und Serverräumlichkeiten und natürlich für alle neuen, unabhängig vom Standort. Prioritär Anschluss an regionale Heizverbände und, falls es diese nicht gibt, sollen solche gegründet werden, oder eben die Abwärme soll anderweitig genutzt werden. Und beim Kanton sollen die Weichen gestellt werden, unmittelbar eine neue Fachstelle zu schaffen. Das sind wohl nicht nur 100 Stellenprozent, sondern einige mehr. Und vielleicht kann uns dann auch der Herr Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*) erklären, was heute Stand der Dinge ist, ob es wirklich neue Stellen braucht oder ob es noch Luft im AWEL hat für diese neue Tätigkeit.

Die Argumentationslinie der Postulanten ist, gelinde gesagt, abenteuerlich, und heute in der Debatte verharmlosen Sie – wir haben es auch gehört von Kollege Michael Zeuglin – die Stossrichtung dieses ganzen Postulates. Es ist ein purer Aktionismus und Interventionismus, ein Diktat von oben. Der Staat soll es wieder besser wissen und die Umsetzung sofort vornehmen. Auf die Anpassung der gesetzlichen Grundlage wird überhaupt nicht Rücksicht genommen, das wird völlig ausgeblendet. Es wird auf die Bundesverfassung verwiesen, auf das Gefangenendilemma et cetera, aber das ist etwas, das einfach nicht von Interesse ist, vor allem bei den Betroffenen, und es sind sehr viele. Es sind nicht nur diese Datacenter in einigen Gemeinden, sondern es sind sehr viele Unternehmen, die eben solche Räumlichkeiten haben. Zwischen dem Ist-Zustand und der Umsetzung dieses Diktats ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Datacenter sollen motiviert werden, ihre Abwärme an Heizverbände abzugeben oder anderweitig zu nutzen. Diesen Ansatz unterstützt die Mitte-Fraktion. Betreibergesellschaften von Datacentern dazu zu verpflichten und dafür im AWEL eine Fachstelle aufzubauen, muss ganz sicher genauer geprüft werden. Die Abwärme von Datacentern ist eine Wärmequelle, auf die wir in der aktuellen Situation nicht verzichten möchten. Diese Energie soll nachhaltig genutzt werden, besonders da die Anzahl der Datacenter weitersteigen wird, und dies ist eine sehr interessante Energiequelle. Wir erwarten von der Regierung einen Umsetzungsvorschlag zur Motivation der Datenzentren, ihre Abwärme in Zukunft sinnvoll zu nutzen.

Die Mitte-Fraktion unterstützt dieses Postulat, auch wenn wir mit der Formulierung nicht völlig einverstanden sind.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Ich nehme es gleich vorweg, es wird keine Überraschung geben: Wir Grünen unterstützen das dringliche Postulat. Schliesslich haben wir auch bereits im Juni die Anfrage Heierli, 226/2022, eingereicht, deren Antworten letzte Woche eingetroffen sind und die sicher auch für die Postulanten im Vorfeld der Einreichung des Postulates von Interesse hätten sein können.

Es überrascht mich, dass die FDP zu diesem Postulat die Diskussion verlangt hat, wenn wir tief in einer Klimakrise stecken. Der Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie verbraucht in der Schweiz gemäss Analysen des Bundesamtes für Energie mehr als 5 Prozent des Stroms. Je länger, je mehr gewinnen Rechenzentren an Bedeutung. Um eine möglichst kurze Dauer für die Berechnungen anzubieten, werden Rechenzentren meistens in physischer Nähe von anderen Rechenzentren gebaut. Dies führt zu einer Clusterbildung, welche sich in der Schweiz vor allem in den Räumen Zürich und Genf zeigt. Dieser Cluster wird in Zürich bleiben und bildet bereits einen Standortvorteil für den Wirtschaftsraum Zürich, Herr Gantner. Diese Clusterbildung bietet zudem die Chance, die Rechencenter miteinander zu vernetzen und an bestehende Wärmenetze anzuschliessen. Damit werden Ausfälle vermieden und somit die Versorgungssicherheit erhöht. Gleichzeitig zeigt sich durch diese Clusterbildung auch kantonaler Handlungsbedarf, auch wenn das Thema unter Umständen auf den ersten Blick wirkt, als ob es national oder regional angegangen werden sollte, Frau Bossert. Leider wird heutzutage je nach Segment erst bei 20 bis 40 Prozent der Rechencenter die Abwärme genutzt oder in 60 bis 80 Prozent verschwendet. Es ist also unglaublich, wie viel Potenzial für einheimische Wärmeversorgung vorhanden ist. Wie Grünen erwarten hier von der Regierung einerseits die Prüfung von richtplanverbindlichen Zonen für Datenzentren in der Nähe von Wärmenetzen. Andererseits fordern wir einen verbindlichen Wärmenutzungsabsatz, wie die heutzutage bereits beispielsweise bei Kehrrechtverwertungsanlagen der Fall ist. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Ich habe dieser Debatte aufmerksam zugehört und dabei die Antworten auf zwei Fragen gesucht: einerseits, was es denn für Gründe zur Ablehnung eines solchen Postulates gibt. Herr Gantner hat hier von einem Frontalangriff auf die Datacenterbetreiber und einem Angriff gegen die Digitalisierung gesprochen. Ich muss sagen: Allzu stichhaltig hat es mich jetzt nicht gedünkt, dass in diesem Postulat ein Frontalangriff zu finden sei; nun ja, viele Worte und wenig Inhalt.

Ich denke, es sollte unbestritten sein, dass die Datacenter nachhaltig sein sollen. Der Stromverbrauch wie auch die Abwärme sind Themen. Und hier muss man auch sagen: Eine zentrale Planung sowie eine Standortevaluation machen durchaus Sinn angesichts dieser Punkte. Und woher die Debatte kommt beziehungsweise dass die Unterzeichner aus Winterthur kommen, zeigt ein bisschen auch den Absender. Um damit auch gleich zur zweiten Frage zu kommen, die ich mir gestellt habe, diese wird hier auch beantwortet: Warum soll dieses Postulat genau dringlich sein? Dringlichkeit ist doch hier das Gebot der Stunde. Wir werden hier

den ganzen Vormittag damit verbringen, irgendwelche dringlichen Angelegenheiten zu behandeln, die mehr oder weniger dringlich sind. Wir sind zwar dafür, aber die Dringlichkeit würden wir jetzt nicht unbedingt bejahen. Allein schon die Zeit für die Lösung beziehungsweise um die Forderung dieses Postulats zu erfüllen, würden ein Vielfaches der Zeit beanspruchen, die wir hier an Zeit gewinnen auf Kosten der Parlamentseffizienz. Eine Rahmen- und Richtplanung braucht Zeit und auch die geforderte Einrichtung einer neuen Fachstelle beziehungsweise eine solche neu aufzubauen und sauber zu planen, braucht ebenfalls viel Zeit. Und das Ganze will besonders auch bei einer solchen Frage sauber gemacht sein. Und auch hier ist eine zeitliche Notwendigkeit nicht so gegeben, dass wir hier eine Dringlichkeit befürworten wollen. Aber diese Frage stellt sich nicht, kritisiert werden darf und sollte sie, denke ich, trotzdem werden. Denn es ist nicht das einzige Mal, dass hier eine Dringlichkeit für irgendwelche Debatten beantragt wird, ohne dass sie wirklich gegeben ist. Wie auch immer, die Alternative Liste wird dieses Postulat überweisen. Besten Dank.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht): Ich wollte gerade sagen, mein Vorredner und die Rednerin der Mitte-Partei haben den Nagel auf den Kopf getroffen und dann unterstützen Sie dieses Postulat doch noch nach meines Erachtens schlüssiger Argumentation. Wie kommt ein bürgerlicher Regierungsrat dazu, so ein Postulat entgegenzunehmen? Das möchte ich gerne in diesem Wahlkampf dann auch wieder einmal hören von diesen Leuten, die sich dann wieder fest bürgerlich geben. Nein, das macht doch überhaupt keinen Sinn. Es macht null Sinn, denn ich gehe davon aus, dass jeder Betreiber eines Datacenters in der heutigen Lage, die wir auf den Energiemärkten haben und die wir im Energiebereich generell haben, die Abwärme nutzen will und bereit ist, die Abwärme nutzen zu lassen. Und ich möchte gerne vom Herrn Regierungsrat wissen, wie viele Datacenter es im Kanton Zürich gibt, die die Abwärme nicht nutzen, und das soll er uns jetzt bitte mitteilen. Er liest seine Zeitung. Ich denke, er hat seine Hausaufgaben nicht gemacht. Er hat einfach das mal angenommen, weil es ja aus seiner Ecke kommt und weil er hier wieder etwas Wahlkampf machen kann.

Und das Zweite, was ihr hier verlangt, liebe Postulanten, eine Fachstelle Synergie und Wärmeenergie, das ist halt wieder ein typischer Vorstoss der Regulierungs- und der Verbotsparteien. Ja, das seid ihr, die Regulierungs- und die Verbotsparteien, liebe Grüne und liebe Rote und liebe GLP; das «L» habt ihr in diesem Vorstoss wirklich vergessen. Es braucht doch keine Fachstelle Synergie und Wärmeenergie, es braucht gesunden Menschenverstand, und den unterstelle ich euren Wählern zum grossen Teil auch, aber euch mit solchen Vorstössen nicht.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich): Gleich zu Beginn, eine Frage meines Vorredners kann ich beantworten: Es sind zurzeit 60 bis 80 Prozent der Datacenter, wie schon mein Vorredner Benjamin Walder erwähnt hat, die die Wärme nicht nutzen, also beispielsweise auch das riesige Datacenter in Winterthur Hegi, das geplant ist, das halb so viel Strom braucht wie die ganze Stadt Winterthur. Da ist keine

wesentliche Nutzung der Abwärme vorgesehen, also Handlungsbedarf besteht ganz zwingend.

Es stimmt, der Regierungsrat hat in der Antwort zu meiner Anfrage betreffend Energieeffizienz von Rechenzentren schon eine gute Auslegeordnung geliefert. Die Richtung stimmt, aber ich glaube, wir müssen doch noch zwei Gänge zuschalten. Sandra Bossert hat den neuen Absatz 2 von Paragraf 30 der Besonderen Bauverordnung schon zitiert, ich möchte dazu einfach noch kurze Anmerkungen machen.

Der eine Punkt ist: Die Betreiber müssen die Abwärme zu Gestehungskosten zur Verfügung stellen. Also etwa so, wie wenn ich in einem Inserat schreibe «ich gebe es gratis ab, aber ihr müsst es selbst abholen». Ja, was wird das bringen? Schauen wir doch einmal, was so ein Null-acht-fünfzehn-Rechenzentrum heute mit seiner Abwärme macht: Es bläst es in die Luft und es erhält keinen Rappen Geld dafür. Man könnte es auch anders ausdrücken: So wie die Abwärme in heutigen Datenzentren halt abgegeben wird, ist sie heute eigentlich nichts wert. Und es wird sie auch gratis niemand abholen, weil das Abholen zu aufwendig ist.

Dann gibt es aber noch einen entscheidenden weiteren Punkt in diesem Absatz drin: In geeigneter Form müssen die Datenzentren die Abwärme abgeben. Ja, genau hier liegt der kritische Punkt, und da wird man die Formulierung doch noch ziemlich stark konkretisieren und nachschärfen müssen, damit das etwas wird. Wir müssen die Rechenzentren von Planungsbeginn weg zur Kooperation verpflichten, sowohl bezüglich Standort – denn wenn man irgendwo in der Pampa draussen ein Rechenzentrum braucht, dann wird man nie einen Abnehmer für die Abwärme finden – als eben auch bezüglich der eingesetzten Kühltechnologie. Da ist der technische Fortschritt eigentlich schon sehr weit. Es gibt Anlagen, die das schon sehr vorbildlich machen. Die Technik ist da. Sie ist einfach noch ein kleines bisschen teurer als die billigste Variante, und darum wird das in diesen gewöhnlichen, kommerziellen Datenzentren halt mehrheitlich noch nicht genutzt. Aber in solchen Fällen ist es eben notwendig, von aussen ein bisschen Druck aufzusetzen, das beschleunigt die technische Entwicklung jeweils ungemein.

Und wenn Sie jetzt so aus liberaler Warte einwenden, das sei ein unstatthafter Eingriff in die unternehmerische Freiheit, dann bedenken Sie doch: Zurzeit ist die öffentliche Hand laufend damit beschäftigt, die Stromversorgung auszubauen. Nur einfach damit ein Datacenter überhaupt laufen kann, baut der Staat ein neues Unterwerk. Da ist dann der Staat gut genug. Aber wenn man dann Auflagen machen will, dass diese Energie nicht einfach verschwendet wird, sondern auch nach dem Rechenprozess noch sinnvoll genutzt wird, dann soll es nicht mehr gehen. Also da irritiert mich die Position der FDP schon ein bisschen. Die sinnvolle Verwendung von Abwärme wird in einigen Jahren eine völlige Selbstverständlichkeit sein. Da, scheint mir, hinkt die FDP einfach noch ein bisschen der Zeit hinterher. Danke.

Alex Gantner (FDP, Maur) spricht zum zweiten Mal: Ja, die Voten von Kollege Daniel Heierli und anderen der Klimaallianz bestätigen wirklich unsere Befürchtung: Ihr wollt gar keine Datacenter mehr im Kanton Zürich. Das wollt ihr nicht.

Ihr wollt diese Branche verhindern. Ihr wollt sie verhindern, nachdem Unternehmen in der Schweiz und hier im Kanton Zürich entschieden haben, in die Daten, das sogenannte Gold des 21. Jahrhunderts, zu investieren. Ihr wollt diese Branche verhindern, ihr wollt das Wachstum dieser Branche verhindern. Es muss mit dieser ganzen Forderung massiv zusätzlich in bestehende Infrastrukturen, in bestehende Business Cases, die ungewiss sind, investiert werden. Es soll Verpflichtung werden, dass solche Datacenter-Betreiber praktisch auch noch Wärmeverbundbetreiber werden sollten, zusammen allenfalls mit staatlichen Organisationen et cetera. Das ist wirklich Diktatur in der Wirtschaft, in diesem neuen Wirtschaftszweig. Und es ist ein Bashing, ihr habt im ganzen Energiebereich einen neuen Sündenbock gefunden, und das ist wirklich sehr tragisch. Ich kann Ihnen nur sagen: Der Standort Zürich disqualifiziert sich hier bezüglich dieser ganzen neuen Branche. Es gibt einige Punkte, da ist eben auch die Physik entscheidend. Es geht nicht alles, das ist zum Teil auch gesagt worden. Diese Abwärme, das sind ungefähr 30 Grad. Das ist eine gewisse Wärme, aber mit 30 Grad dann Wasser aufzuwärmen, damit mit 70, 80 Grad die ganzen Verbundsysteme versorgt werden können, das ist eine sehr grosse Leistung, standortgebunden, und wir kennen die ganzen Verluste. Daher ist es wirklich ein neues Finger Pointing gegen eine Branche, die im Kanton Zürich Mehrwert schafft, die auch Arbeitsplätze schafft. Das scheint offensichtlich Ihr Weg zu sein. Wir können uns diesem überhaupt nicht anschliessen und lehnen die Überweisung des dringlichen Postulates entsprechend ab. Besten Dank.

Michael Zeugin (GLP, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Wir nehmen zur Kenntnis, dass die FDP in diesem Bereich keine Innovation will, sondern einfach möchte, dass die Server-Leistungen Hitze produzieren, die angesichts dieser Klimakrise und auch der Heizkrise in diesem Winter völlig ungenutzt in die Atmosphäre geht und einfach weiter das Klima aufheizt, statt sie innovativ und nachhaltig zu nutzen. Das stellen wir einfach fest, das akzeptieren wir auch. Wir denken sogar, dass es wahrscheinlich ein kleines politisches Grüppchen im Kanton Zürich gibt, dass dies gleich sieht. Aber Sie können doch nicht im gleichen Atemzug die Menschen im Kanton Zürich auffordern, eigenverantwortlich die Heizung zu reduzieren. Das funktioniert doch einfach nicht. Sie verrennen sich hier ein bisschen in einer liberalen Ideologie, die gar nicht mehr liberal ist. Und auch die Berechnungen: Wollen Sie den Schweizer Standort einfach als Günstig-Standort verbraten oder möchten Sie eben Qualität bieten? Ich habe es formuliert: Green Heating via Green Computing. Wir müssen uns doch mit der Leistung differenzieren und nicht einfach mit «Wir verbrennen mehr Strom und nutzen ihn nicht». Das ist einfach ein Wettbewerb, der in die falsche Richtung geht. Ich verstehe nicht, was Sie daran noch als liberal sehen; das habe ich nicht verstanden. Uns dann aber hier hinzustellen, als ob wir diese ganze Industrie verteufeln wollten: Nein, wir wollen diese Industrie voranbringen. Wir wollen, dass sie innovativ ist, dass sie energieeffizient wird und dass sie deshalb eben auch zukunftsfähig bleibt. Das ist unsere Position.

Berechtigt finde ich das Anliegen der AL, das ist ein gutes Kriterium: Ist dieses Postulat dringlich? Mal abgesehen davon, dass die Dringlichkeit eigentlich schon erledigt ist: Ja, es ist dringlich. Diese Datenzentren werden jetzt geplant, und ich sage es wirklich nochmals: Wenn die am falschen Ort stehen, dann ist der Mist geführt. Es ist schon so, dass es, wenn diese Wärme nicht im Umkreis genutzt werden kann, es natürlich wirklich vergebliche Mühe ist. Deshalb braucht es – und das ist ja auch unser Input – eine Richtplanung dazu. Es ist wie bei anderen grossen Infrastrukturen. Es gibt eben einen falschen Ort und es gibt einen richtigen Ort. Und Sie sehen, dass wir hier wirklich planerisch eingreifen müssen. Es ist bereits erwähnt worden, das Beispiel von Winterthur. Da kann sich ein Datacenter-Betreiber einfach hinstellen und vom Staat fordern, dass die Stromleitung zu seinem Grundstück hin gebaut wird. Aber er hat relativ deutlich gesagt: Das mit der Abwärme, das interessiert ihn nicht, mutmasslich. Das kann es doch nicht sein! Schauen Sie mal auf den Plan: Wenige 100 Meter davon gibt es Wohngebiete, die problemlos mit dieser Temperatur umgehen können. Es braucht nicht alles 80 Grad zu sein. Also auch hier: Die Dringlichkeit ist klar gegeben. Wir brauchen diese Sicherheit, dass eben die Planung und der Standort dieser Datenzentren von Anfang an schon am richtigen Ort ist und nicht an einen Ort, wo wir dann definitiv die Wärmeleistung nicht brauchen können. Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Einfach noch zur Klärung unserer Haltung, ich glaube, unsere Fraktionssprecherin hat das ausgezeichnet formuliert: Das Postulat rennt eigentlich offene Türen ein, weil es bereits gemacht und umgesetzt wird. Deshalb lassen wir das auch so laufen. Was wir hingegen nicht verstehen und da möchte ich mich ganz klar abgrenzen: Es braucht dazu keine neue Fachstelle. Es braucht keine zusätzliche Person, denn es wird bereits gemacht, und zusätzliches Personal, das unterstützen wir nicht. Wir unterstützen aber diesen Bericht, dass das forciert wird, weil es eigentlich sowieso schon gemacht wird. Aber diese zusätzliche Stelle unterstützen wir explizit nicht. Herzlichen Dank.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Michael Zeugin, Fraktionschef der GLP, du hast recht. Was Winterthur betrifft, wenn dem so ist, hast du recht. Nur mir fehlt der Glaube. Du hast ja «mutmasslich» gesagt, und mutmassen würde ich in der Politik nie, denn es ist meistens anders. Ich glaube einfach nicht, dass, wenn ein so grosses Datacenter gebaut wird, sich diese Leute die Leitung einfach hinbauen lassen und ansonsten nicht gesprächsbereit sind. Das glaube ich nicht. Und mit einer Fachstelle wird es nicht besser, mit einer Fachstelle wird es schlechter. Es gibt mehr Bürokratie, es gibt mehr Regulierungen und es kostet mehr. Das Postulat liegt quer in der Landschaft. Und ganz quer in der Landschaft liegt, wenn der Fraktionschef der SVP kommt und sagt «wir unterstützen das Postulat, aber bei der Fachstelle sind wir dann dagegen. Das Postulat verlangt explizit eine Fachstelle, Herr Hübscher, explizit eine Fachstelle, und die SVP unterstützt das. Das kann es doch einfach nicht sein von meiner ehemaligen Partei. Noch mehr Fachstellen, noch mehr Regulierungen, und es bringt

nichts. In dieser Sache hier, davon bin ich überzeugt, davon bin ich ganz fest überzeugt, dass, wenn die Mitarbeiter von Herrn Regierungsrat Neukom mit den Bauherren reden, wenn es um die Baubewilligung geht, dass dann ein Modus vivendi gefunden wird. Denn du kannst normalerweise in der heutigen Situation nicht nicht auf eine Abwärmeregulierung hinarbeiten, Michael Zeugin, und ich bitte euch: Lehnt dieses Postulat und vor allem die Dringlichkeit ab, es ist für die Galerie. Was die Presse dann schreibt – heute oder morgen –, das werden wir dann sehen. Aber es macht sicher keinen Sinn, noch eine Fachstelle und noch etwas mehr Regulierung zu verlangen, sondern wir brauchen den in der Schweiz doch immer noch geltenden gesunden Menschenverstand in dieser Sache.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 139 : 28 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das dringliche Postulat KR-Nr. 315/2022 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert einem Jahr.

Das Geschäft ist erledigt.